

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 2

Artikel: Also sprach General Franco...
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347352>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In der Schweiz ist der Bürgerkrieg von den Liberalen im gleichen Monat November 1847 gewonnen worden, wo Marx mit 29 Jahren den Auftrag bekam, das Kommunistische Manifest zu schreiben. Der gereifte Marx hat weder die Revolution noch die Evolution zum Dogma erhoben. Das blieb seinen fanatischen Nachfolgern vorbehalten, von denen gewiss nicht alle ganz zurechnungsfähig waren. Marx hat sogar den Aufstand der Pariser Kommune von 1871 als verfrüht erachtet. Auch seine psychologischen Auffassungen hat er teilweise revidiert (Wesen der Bedürfnisse, Erziehung u. a.).

Gewiss hat Marx wie der alte Faust nur die Sorge, aber nicht auch die Schuld in das Bewusstsein schlüpfen lassen. Aber durften denn nicht beide, Marx wie Faust, mit gutem Gewissen die Welt verlassen? Auch Marx schwebte als Endziel jene Vision des sterbenden Faust vor Augen :

Solch ein Gewimmel möcht ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn.
Zum Augenblicke dürft ich sagen :
Verweile doch, du bist so schön!

Rolf Reventlow

Also sprach General Franco . . .

Geraume Zeit dauerte es, bis nach der Verabschiedung des sogenannten Organischen Gesetzes über die Staatsordnung vom 16. Dezember 1966 die neue Ständekammer Spaniens zusammentrat. Ausführlich berichtete die spanische Presse, wenn diese oder jene Korporation, etwa die Fischerei-Bruderschaften oder die Anwaltskammern, ihre Vertreter in überaus verkomplizierten Verfahren bestimmten. Ganz vollständig war die Ständekammer bei der Eröffnung ihrer 9. Legislaturperiode, am 16. November 1967, allerdings immer noch nicht. Es fehlten noch drei der «Procuradores» (wörtlich: Beauftragte), die aus irgendwelchen Gründen nicht bestimmt worden waren, zwanzig andere waren aus Gründen, die nicht näher erläutert wurden, abwesend. Aber 564 Mitglieder dieses sonderbaren Parlamentes waren anwesend, zeremoniell oder in leuchtende Uniformen gekleidet, als General Francisco Franco, immer noch höchst offiziell als «Führer von Spanien» bezeichnet, geruhte, anwesend zu sein und eine – natürlich programmatische – Rede abzulesen.

Diese Rede war nach den tausenderlei Spekulationen, die das Verfassungsgesetz im Vorjahr ausserhalb wie innerhalb Spaniens auslöste, bemerkenswert. Wer gewohnt war, in den letzten Dezennien die Reden des General Franco aufmerksam zu verfolgen, konnte alsbald feststellen, dass er bei der Abfassung dieser Rede der Mitarbeiter nicht wenige hatte. Das gilt vor allem für die aussergewöhnlich selbstzufriedenen und optimistischen Bemerkungen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. An Zahlen wurde dabei nicht gespart. Sie nachzuprüfen, würde wahrscheinlich eine Lebensaufgabe bedeuten. Spanische Statistik ist seit altersher ein Problem für sich. Selbst der anerkannte und bekannte Volkswirtschaftler Ramón Tamames bestätigt dies in seinen Analysen der früheren und derzeitigen Wirtschaftsentwicklung. Zwar wurde das System der statistischen Erfassung und der Auswertung nach dem Vorbild der OECD umgestellt. Doch was nun in dieser Rede geboten wurde, war offenbar von wissenschaftlicher Akribie wenig beeinflusst. Spanien habe heute die zweitgrösste Zuwachsrate der Welt, kündeten die Technokraten der Regierung durch den Mund ihres Führers; und 1970 werde das Land den in Europa sonst gültigen Lebensstandard erreicht haben. In der grossen Barceloneser Zeitung «La Vanguardia Espanola» wurde am gleichen Tage eine Reportage aus Malaga veröffentlicht, in der ein sozialkritisch veranlagter Journalist ausführlich berichtet, wie dort Menschen in Strohhütten und Blechkanisterunterkünften, ohne jegliche sanitäre Einrichtungen, dahinvegetieren und sich ohne Genehmigung durch Fischen ernähren, wobei sie beim Absatz natürlich ausgebeutet werden und zudem durch zu engmaschige Netze den Fischbestand gefährden. Es gäbe noch andere Beispiele, um die Frage aufzuwerfen, ob Franco und seine Berater den Lebensstandard der Spanier nur im Zentrum der Hauptstadt oder anderer in der Wirtschaftsstruktur begünstigter Orte festzustellen gewohnt sind. Immerhin, es wurde dennoch von Franco zugegeben, dass die Industrialisierung auch Schwierigkeiten bereite, dass man Kapitalgüter benötige, die in Spanien nicht hergestellt werden. Das diene dann den Feinden des Regimes, so meinte der Führer, dazu, Unzufriedenheiten aufzustacheln, indem sie das Unmögliche fordern. Mit dem Unmöglichen war die Erhöhung des Mindestlohnes für ungelernete Arbeiter gemeint, an dem sich das ganze Lohnsystem orientiert und für das die Arbeiterschaft oftmals auf der Strasse demonstriert, da ihre Zwangsgewerkschaft sich nicht rührt. Wie bekannt, vereinen diese «Gewerkschaft» genannten Gebilde Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach altfaschistischem Vorbild in einer Organisation, und diese wiederum ist, durch ihre Hierarchie, in den neuen Cortes ebenso stark vertreten wie zuvor.

Allerdings gibt es auch ein neues Element in dieser Ständekammer, die Vertreter der Familien. Der Staatschef und Führer versäumte nicht, dies gebührend hervorzuheben. «Zum ersten Mal», sagte er, «sind – in direkter Wahl – die Vertreter der Familie hier anwesend». Das sei ein gewaltiger Fortschritt. Mit diesem System habe man eine der stärksten Festungen des radikalen Liberalismus (wörtlich) genommen. Dieser Liberalismus kenne näm-

lich nur die Rechte der Individuen an, nicht der Familie, obwohl so viele Verfassungstexte anderer Länder von der Familie sprechen. Was der Führer nicht sagte, das waren die sonstigen Unterschiede zwischen dem spanischen und anderen Wahlsystemen. In Spanien wurden diese Wahlen Provinz für Provinz vorgenommen und mit zahlreichen Kautelen hinsichtlich der Kandidaturen versehen. Parteien gibt es bekanntlich nicht, soll es in Spanien nicht geben. Das Ergebnis war, dass in den Provinzen Jaén und Navarra die Wahlen wiederholt werden mussten. Einige der Kandidaten hatten sich über Erpressungsmanöver beschwert. Sie wollten nämlich gar nicht kandidieren. Anderwärts zogen sich ganz spontan alle Kandidaten zurück, mit Ausnahme der höheren Orts – will heissen vom Provinzgouverneur – gewünschten Familienvertreter. Wahlberechtigt waren nicht nur die eigentlichen Familienvorstände, sondern auch Jungesellen, die einen eigenen Haushalt führen – also auch die Ortspfarrer – und die Vorsteher von Gemeinschaften, wie der Klöster, und sogar alle verheirateten Frauen. Trotz dieser Grosszügigkeit ergaben sich durchweg nur Wahlbeteiligungen zwischen 15 und 20 Prozent. Die vom Führer gepriesenen demokratischen Rechte der Familie als Keimzelle der Nation wurden sichtlich wenig geschätzt. Einschliesslich der Kanarischen Inseln und der beiden an der nordamerikanischen Küste gelegenen Städte Ceuta und Melilla werden die Familien der spanischen Provinzen in der Ständekammer nunmehr von 108 Procuradores, auf 584 Mitglieder dieses Gremiums, vertreten. Das ist dann, so sprach der Führer, die einzig wahre, die organische Demokratie; «ihr vertretet die ganze Nation».

In diesem Zusammenhang wurde in der Rede auch der bekannte Schriftsteller José Ortega y Gasset bemüht, der einstmals ein Buch mit dem Titel «Spanien ohne Rückgrat» (*Espana invertrebada*) verfasste. Nun habe Spanien ein Rückgrat, verkündete General Franco, mit seiner Rechtsordnung, mit seinen Streitkräften, seinen Universitäten und sonstigen Institutionen des Regimes. Zu den Institutionen zählt natürlich auch die «Nationale Bewegung». Sie hat in den neuen Verfassungsgesetzen ihren besonderen Platz gefunden. Alte Sprachregelungen, wie etwa «Falange» oder der «National syndikalismus», der faschistischen grossen Zeit in Europa wurden fallengelassen. Man muss sich doch der Zeit anpassen. Der Zulauf zur «Falange» war weder vor 1936 noch nach Ablauf des Bürgerkrieges und des Weltkonfliktes sonderlich stark gewesen. Er ist heute bescheidener denn je. Eben deshalb wurde die «Nationale Bewegung» als staatliche Institution auch in den neuen und im Laufe des Jahres 1967 mehrfach ergänzten Verfassungsgesetzen verankert. Die »Nationale Bewegung« besteht aus einem sorgsam aufgebauten Apparat, überall mit dem Staatsapparat verzahnt und mit der Aufgabe betraut, die Grundsätze der Bewegung zu wahren. Der Nationalrat der Bewegung kann sogar gegen Gesetze Einspruch einlegen, wenn er meint, sie entsprächen diesen Grundsätzen nicht. Die Grundsätze, wohlgermerkt, wurden 1958 vom Führer selbst erlassen, «in seiner Verantwortung vor Gott und als Führer von Spanien», wie es im Text heisst.

Natürlich fehlten in dieser Eröffnungsrede nicht die aussenpolitischen Auffassungen des Regimes, freundliche Worte an die Adresse der Vereinigten Staaten, die bei der Erneuerung des Vertrages über Luftstützpunkte zur Kasse gebeten werden sollen, freundliche Worte auch an die Adresse der arabischen Welt und Betonung der grossen aussenpolitischen Forderungen nach «Rückkehr» von Gibraltar, dessen Bewohner bekanntlich vor kurzem erst in einem Volksentscheid ihre Zugehörigkeit zu Grossbritannien kundtaten. Das Ganze wurde umrahmt mit einem über Jahrhunderte reichenden Rückblick auf Spaniens Geschichte, die dem Lande nur zwei richtige Lichtblicke bot; die katholischen Könige, die mit ihrer Heirat und der Eroberung von Granada Spaniens nationale Einheit verwirklichten, und Franco, der Spanien vor Streit – der politischen Parteien – sowie Aufsässigkeiten zu schützen wusste und so dem Lande seine «wahre Einheit» wiedergab, die nun – unberührt von Umsturzbegehren und liberalem Denken – im Zeichen des Regimes sozusagen die Zukunft des Landes begründet. So zumindest hörte sich die Rede an. Wer sich Zeit und Geduld nimmt, die zahlreichen Texte des Organischen Gesetzes der Staatsordnung und die ihm folgenden gesetzlichen Bestimmungen zu studieren, wird allerdings notgedrungen zu der Feststellung kommen müssen, dass sich seit Oktober 1936 nichts an dem Tatbestand der Alleinherrschaft eines einzigen Mannes geändert hat. Damals trugen ihm seine Waffenkameraden, die aufständischen Generale, die »höchste Gewalt« im Staate an. Und dabei ist es geblieben.

Vor dreissig Jahren sprach und schrieb man vom spanischen Faschismus. Das brachte nicht zuletzt die weitgehende Unterstützung der Aufständischen durch die faschistischen Staaten Italien und Deutschland mit sich. Heute verbleiben im ständischen Aufbau des spanischen Staates zwar Spuren faschistischer Ordnung. Letztendlich aber ist das Spanien von 1968 ein absolutistischer Staat, dessen Technokraten modern und dessen Herrscher in den Kategorien vergangener Jahrhunderte denken. Diese eigenartige Mischung spiegelte sich auch in der Sprache der Eröffnungsrede zur 9. Legislaturperiode der Ständekammer wider, die mitunter einem Traktat moderner Wirtschaftswissenschaftler glich, mitunter aber einem uralten Geschichtsbuch entnommen zu sein schien. Dem entsprach auch das Zeremoniell. Schon am Vortage der Rede wurden die Procuradores vereidigt, kniend mit der Hand auf den Evangelien oder dem Koran, da es auch Vertreter aus den wenigen verbliebenen westafrikanischen Kolonialgebieten gab. Und dann kam in altkastilischer Formulierung das: «denn so Ihr es dergestalt tuet, wird Gott es Euch danken, und wenn nicht, von Euch Rechenschaft fordern».

Wie lange das moderne, das sich mehr und mehr modernisierende Spanien, mit diesem mittelalterlich-ständisch-faschistischen Staatssystem zu leben vermag, das ist die Frage, die man sich nicht im Parlament, wohl aber im Lande und unter den Hunderttausenden von Spaniern stellt, die über viele Länder und Kontinente verstreut leben.